

Der Deutsche Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 3.00 M. Einzelgenpreis: Die 6 gespalt. Millimeterzelle für Arbeitsgesuche 1.00 M. Geschäfts- u. Privatanzeigen 1.20 M

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schäftsleitung u. Geschäftsstelle: Duisburg, Stapellor 17. Fernruf 2366 und 2367. Schluß der Redaktion Samstags morgens 11 Uhr. Zuschriften u. Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Nummer 52

Duisburg, den 24. Dezember 1921

22. Jahrgang

Christentum und Familie

Mitten in die Bitterkeit unserer Tage tritt das Fest der Stille und der stillen Sammlung, das Weihnachtsfest. Ueber allem Wirrsal und aller Not strahlt sein Licht, und das ist das Unvergängliche des Sternes von Bethlehem, daß sein Schein um so stärker leuchtet, je mehr Not und Bedrängnis um die Menschenseele und um die Menschheit schleichet.

Immer mehr wird die Menschheit inne, daß nur der Weg nach Bethlehem die wirkliche innere Erleuchtung und Gesundung der Welt sein kann. Zwei Ströme von Gesundung entspringen an der Krippe Christi und das sind: die Erneuerung in der Menschheit und die sittliche Durchneuerung der Familie.

Gerade auf die Familie kommt es heute mehr als je an und nur eine Auffassung der Ehe im christlichen Geist, die von der materialistischen Geschichtsauffassung der Sozialisten heftig bekämpft wird, bietet die Möglichkeit des Aufstiegs. In seinem Buch „Christentum und soziale Idee“ schreibt der Schriftleiter unseres Organs, Kollege Georg Wieber, über die Familie und die Durchwandlung ihrer Idee durch das Christentum:

Aus der ewigen Harmonie Gott geboren ist die Menschheit die Feindin der Harmonie, innerlich sich nach ihr zerquälend, äußerlich in heftigen Kämpfen gegen sie andrängend. Die Tatsache Christus allein bedeutet doch nichts anderes als den vollkommenen Bankrott der Menschheit, die sich in sich so zerrissen hatte, daß nur eine göttliche Tat sie zu retten in der Lage war.

Der Brudergedanke in der Erscheinung Christi

Ist nicht, oder auch nur zum größten Teil soziales Werk, sondern vor allem die unbedingte Forderung nach Liebe, Gottes- und Menschenliebe, aus der dann freilich mit Notwendigkeit soziale und wirtschaftliche sittliche Triebkräfte erwachsen mußten. Zum zweiten Male tritt in die menschliche Gesellschaft der Gedanke des Friedens und des brüderlichen Lebens. Und heute nach neunzehnhundert Jahren? Wir eilen mit Riesenschritten auf innere Katastrophen zu. Vielleicht, daß die Staatsgebäude noch wachsen, daß Welthandel, Weltverkehr und Weltindustrie neue Wunder der Zivilisation entstehen lassen. Aber wir werden ärmer mit jedem Goldstück, das uns unsere Produkte mehr einbringen, deshalb weil wir Maß und Ziel in uns fehlen verloren haben. Denn der letzte Anknüpfungspunkt der menschlich-gesellschaftlichen Fragen liegt, wie Kleinst einmal ausführte, nicht in den Verhältnissen, sondern im Charakter. Sie werden für jedes Zeitalter zur dunkeln Gefahr nicht durch die Unvollkommenheiten des wirtschaftlichen Systems, sondern durch die Sünde der Menschen; und wieviel zu ihrer Lösung verständige Organisationen und führende nationalökonomische Methoden, Entdeckungen und gute Maschinen helfen können; ihre erste und beste Lösung, von deren Gelingen der Erfolg oder das Versagen aller anderen abhängt, ist der gute Mensch, der sich selbst ordnet, der feste und klare, tüchtige u. zuverlässige Charakter, die sittliche Persönlichkeit. Fehlt dies, so mag die soziale Technik einen Riesebau von organischer Hilfe mit den feinsten Mitteln errichten und herstellen, es wird ein Koloss auf tönernen Füßen sein und über dem brüchigen Grund zusammenstürzen. Davon stehen wir heute.

Wenn wir Christentum und Gesellschaft betrachten, so suchen wir das oberste, alles entscheidende Sozialgesetz. Wo ist es geschrieben, wo ist seine Sanktion, wo ist seine Wurzel?

Die Wurzel alles Gemeinwesens ist die Familie.

Das bürgerliche und soziale Leben entsteht und findet seine Schranke an der häuslichen Gesellschaft. Im Menschenleben gibt es drei unvergängliche Beziehungen — Autorität, Gehorsam und Brüderlichkeit. Als dem Menschen der erste Sohn zur Welt gegeben wurde, entfalteten Autorität und Gehorsam, welche bis dahin latent waren, ihre Lebenskraft; als der zweite Sohn ins Leben trat, war die Brüderlichkeit mit allen ihren Rechten für immer begründet. Und diese drei Beziehungen waren nicht das Ergebnis eines ursprünglichen Kontraktes oder menschlicher Abmachung, sondern sie sind unzertrennlich von der Ordnung des menschlichen Lebens und innerlich in dem Wesen und Bau der Menschenfamilie enthalten. Autorität, Gehorsam und Brüderlichkeit sind die drei letzten und allausgleichenden Gesetze des menschlichen Gemeinwohls. Gleichheit und Freiheit im revolutionären Sinne sind der Gegensatz und der Umsturz dieser göttlichen Ordnung. Die Autorität beruht darum nicht auf menschlichem Willen, sondern in der Natur der Dinge. Gehorsam ist eine Verpflichtung, die nicht von den Menschen um seinerwillen geschaffen, sondern die ihm auferlegt wurde. Brüderlichkeit ist ein Naturgesetz, welches alle Menschen bindet, andern zu tun, was sie wünschen, was ihnen geschieht; jedem das seine zu geben und in wechselsei-

tigem Wohlwollen, wo es not tut, darüber hinauszugehen. Will nun jemand behaupten, diese Beziehungen und Verpflichtungen seien menschliche Schöpfung oder Veranstaltung des Menschenwillens, so mag ich nicht mit ihm streiten; ich sage nur, daß ich dann ebenso gut annehmen könnte, das Gesetz der Schwerkraft oder Ebbe und Flut des Meeres rühren von menschlicher Gesetzgebung her. Es ist ja bemerkenswert, daß dieselben Leute, welche leugnen, diese Urgesetze seien in der Menschennatur begründet, zugleich die Parodie der Gleichheit und Freiheit verteidigen, welche eine Verlängerung alles und jedes Gesetzes (mit Ausnahme der Willkür des Menschenwillens) ist.

Kardinal Manning betont einmal in seinen Schriften, daß die Zivilisation der christlichen Welt nicht Fortsetzung einer älteren, neu geflickten oder gereinigten Zivilisation ist. Sie ist eine Neuschöpfung, die aus einem neuen Prinzip des Lebens und der Ordnung entsteht.

Die christliche Welt ist der Spross der christlichen Familie;

und die christliche Familie wurde durch das Gesetz der christlichen Ehe geschaffen. Die Gesetze und Beziehungen der natürlichen Familie, die Autorität der Eltern, der Gehorsam der Kinder die Brüderlichkeit der Söhne wurden durch eine höhere Sanktion befestigt und mit einer tieferen Bedeutung besetzt. Ist auf Erden irgend etwas heilig, so ist es die christliche Familie. Das Feuer auf ihrem Herd ist heiliges Feuer. Die ersten Reime der christlichen Welt wurden in christlichen Familien gelegt und das soziale und bürgerliche Leben des Christentums ist die Ausbreitung jenes häuslichen Lebens; und dieses häusliche Leben ist nichts anderes als das Kollektivleben von Menschen, die sich verbunden haben auf Grund von Gesetzen, die vollkommener sind, als die Gesetze der Natur.

Wenn Augustinus die Familie „eine Art Keimzelle des Staates“ nennt, so bestätigt er nur die durch die Geschichte bewiesene Auffassung. Der Völkerapostel geht noch weiter und auf ihren göttlichen Ursprung hinweisend sagt er geradezu über die Ehe: „Dieses Geheimnis ist groß, ich sage es aber in Christus und der Kirche.“ Wie verworren schallt demgegenüber die moderne Musik vom Sighausleben, das Haften an der Oberfläche; und dieser Gesang beginnt auch nach unten zu dringen und radikale Ansichten über die Ehe wirken weiter zerlegend in unserem Volkkörper. Viele Gründe sind dafür vorhanden, vor allem aber der eine, daß ohne ein noch so bescheidenes Privatvermögen in der Tat von Einheit und Existenz der Familie nicht geredet werden kann. Wo soll denn da der eigene Herd Gottes wert sein, wenn beide, Mann und Frau tagsüber ihrer Arbeit nachgehen und die Kinder in Bewahranstalten untergebracht werden müssen. Deshalb ist auch alles, was die Liebesgemeinschaft der Familie schädigt, direkt antisozial. Antisozial ist das Komadentum unserer Zeit,

antisozial die Fabrikarbeit der Hausfrau.

Man muß Schmoller unbedenklich zustimmen, wenn er sagt, daß die Kinder- und Frauenarbeit unserer Tage nicht ein Beweis sei, daß unsere Technik, unser Familienleben, unsere Produktion diese Kräfte hier am besten verwende, sondern zeigt nur, daß man sich in der Zeit des Uebergangs zur Hausindustrie, Manufaktur und Großindustrie, zumal in den Gegenden dichter Bevölkerung über die Tragweite der beginnenden Frauen- und Kinderarbeit nicht klar war. Es wäre ein großes Glück gewesen, wenn die Regel, daß

die Frau ins Haus und nicht in die Produktion

für den Weltmarkt gehöre, aus der Junst in die moderne Zeit herüber sich hätte erhalten lassen: furchtbares Elend wäre erspart geblieben.

Je beweglicher heute das Leben wird, desto notwendiger wird ein sicherer, nach außen geschlossener engster Kreis der Liebe, des Vertrauens, des Behagens, wie ihn allein die Familie gibt. Wer jeden Hungrigen ins Wirtshaus, jede Gebärende ins Gebärhaus, jedes Kind von seiner Geburt bis zu seiner Mannbarkeit in eine Reihe von Erziehungshäusern schieft, verwandelt die Gesellschaft in eine Summe genußsüchtiger, egoistischer Vagabunden, deren Nervenunruhe und Ueberreizung nur all zu viele Kandidaten für die Irrenhäuser macht.

Dazu treibt das Sowjetssystem, das die Kinder wie Rummern behandelt und auf die individuelle Erziehung, die es im Elternhaus genießt, gar nicht Rücksicht nimmt.

Die Wiedererhebung des Familiengedankens, aufbauend auf der unlöslichen Beziehung nach dem Gedanken des Christentums bietet allein einen Weg zur Erneuerung und Kräftigung der Gesellschaft

Infolge ausgebliebener Papierbelieferung, hervorgerufen durch die äußerst mangelhaften Güterverkehrsverhältnisse im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, die nicht allein auf Wagenmangel zurückzuführen sind, konnte die Nummer 51 unseres Verbandsorgans statt Montag, 12. Dez., erst Donnerstag, 15. Dez., zum Druck u. Versand gelangen. Da es nicht ausgeschlossen ist, daß infolge des oben angegebenen Grundes wiederum Störungen eintreten können, ersuchen wir unsere Kollegen um Verlässlichkeit dieser Momente bei nicht rechtzeitiger Belieferung mit unserem Verbandsorgan.

Eine gewerkschaftliche Tat

Die außerordentliche Generalversammlung der Ortsverwaltung Duisburg beschloß am 11. Dezember 1921 die Beiträge ab 1. Januar 1922 zu erhöhen, und zwar in der

1. Beitragsklasse von 7.00 auf 10.00 M.
2. Beitragsklasse von 6.00 auf 9.00 M.
3. Beitragsklasse von 4.00 auf 6.00 M.
4. Beitragsklasse bleibt der Beitrag auf 1.50 M.

Allen einstimmigen Mitgliedern unseres Verbandes war es seit langem klar, daß in einer Zeit der fortschreitenden Geldentwertung unsere Verbandsbeiträge nicht mehr zellgemäß waren.

Das gewerkschaftliche Prinzip der Vorkriegszeit, daß der Verbandsbeitrag gleich dem Stundenverdienst sein müsse, war verlassen worden. Viele nahmen an, daß bei dem gewaltigen Zustrom neuer Mitgliederklassen es leicht sein werde, Lohn und Arbeitsbedingungen ihren Wünschen anzupassen.

Man glaubte ganze Etappenreihen gewerkschaftlicher Schaltung- und Erfahrungen überspringen zu können. U. ernsthaftes Auseinandergehen mit dem Unternehmertum glaubte man nicht mehr. Aber bald waren diese Illusionen verfliegen. Enttäuschungen folgten. Bittere Erfahrungen mußten erst gesammelt werden. Die Ernüchterung kam und mit ihr kamen die alten gewerkschaftlichen Traditionen wieder zu Ehren.

Nur mit der Einsicht, daß die zahlenmäßige Stärkung einer Organisation ohne finanzielle Macht, (starke Kassen) nichts bedeutet, dauerte es lange. Zögernd und tastend trug man dieser Tatsache Rechnung.

Man feilte um geringe Erhöhungen der Beiträge und selbst die wagemutigsten Gruppen kamen nicht an den Stundenverdienst heran. Mit jeder der sich überstürzenden Lohnbewegungen wurde die Differenz größer.

Dabei aber wuchsen die Ansprüche an den Verband von Tag zu Tag. Neue Aufgaben kamen hinzu. Alle Leuerung trifft auch die Organisation, jede Geldentwertung verringert den Realwert der Kassen.

Die letzten Arbeitskämpfe mit vielen Tausenden von Beteiligten (Siegen, Düsseldorf usw.) zeigten, daß es so nicht weiter gehen kann und darf.

Duisburg, der Gründungsort unseres Verbandes, hat in voller Energie und gewerkschaftlicher Kraft das Signal gegeben.

Die alte Opferfreudigkeit, der alte Kämpfergeist muß uns alle wieder erfüllen.

Sehen wir die Organisation in die Lage, unsere Interessen mit Wucht und Energie auch dem strafforganisierten Unternehmertum gegenüber vertreten zu können. Kämpfe gewaltiger Ausdehnung werden uns nicht erspart bleiben. Stärken wir unsere Finanzkraft.

Lassen wir auch das ängstliche Schielen nach den Konkurrenzorganisationen, ob sie nicht niedrigere Beiträge haben. Auch sie werden folgen müssen.

Wir aber müssen, wie so oft, auch in dieser Frage die Kämpfer gewerkschaftlicher Grundsätze sein. Setzen wir unsern Träger auf diesem Wege, dann sind wir wahre Gewerkschaftler.

Es gilt in die Tat umzusetzen das alte gewerkschaftliche Prinzip

Ein Stundenverdienst ist Wochenbeitrag.

Zur Verabschiedung der Schlichtungsordnung

Dr. Franz Röhr, M. d. R.-W.-K.

Am Freitag, 8. Dezember, und Samstag 9. Dezember, ist die Schlichtungsordnung, dieses für die gesamte Volkswirtschaft und darüber hinaus für den Gedanken der Volksgemeinschaft so außerordentlich wichtige Gesetz, nochmals im Plenum des Reichswirtschaftsrates verhandelt und endlich am Samstag verabschiedet worden. Das Ergebnis ist insofern ein positives, als die Anrufungspflicht, die Wartepflicht (die Pflicht, mit Anwendung der ge-

menzahl zu urteilen, 30 000 Zentralgewerkschaftlern der drei Richtungen stehen eine Zahl von Syndikalisten, Unionisten, Kommunisten usw. sowie eine beträchtliche Zahl Indifferenter gegenüber. Die Gesamtarbeiterzahl der dem bestreikten Arbeitgeberverband der Groß- und Schwerindustrie angeschlossenen Werke beträgt 55-60 000. Von den Werken selbst sind eine Anzahl bedeutender Konzerne angeschlossen, ein Umstand, der für jeden künftigen Kampf bei vorsichtiger Abwägung der Verhältnisse, als Nachteilfaktor erster Klasse des Gegners nicht hoch genug eingestuft werden kann. Der im September ablaufende Tarif der Großindustrie wurde auf Wunsch der Arbeitgeber gegen Konzessionen derselben um einen Monat, also Oktober, verlängert. Die Forderungen bestanden im wesentlichen:

1. Erhöhung der Grundtariflöhne von 4.30-4.50 Mark auf 8.50-9.00 Mk. in der 1. Klasse; in der 2. Klasse von 4.10 resp. 4.30 Mk. auf 8.00-8.50 Mk., und in der 3. Klasse von 3.75 bis 4.05 auf 7.50-8.25 Mk., dazu trat eine den Zeitverhältnissen entsprechende Teuerungszulage, sowie die sozialen Sätze für Kinder und Familien.

2. Die bisherigen 4 Tarifklassen sollten durch Zusammenlegung in 3 Tarifklassen geändert werden. Dabei das Lebensalter zur Erreichung des Höchstlohnes von 25 auf 21 Jahre herabgesetzt.

3. Grundlegende Erhöhung und Regelung der Beihilfenslöhne.

Zur ersten Forderung ist noch zu bemerken, daß als entsprechende Teuerungszulage zu diesen Löhnen eine Zulage von 3 Mark pro Stunde treten sollte.

In langen Verhandlungen wurde nun im Monat Oktober zwischen den beiderseitigen Parteien dieser Tarifvorschlag der Gewerkschaften behandelt, ohne daß man sich näher kam, wobei das Verhalten und das Angebot der Arbeitgeber immer mehr den Charakter eines ultimativen Diktums annahm. Der erste Vertreter der Arbeitgeber erklärte sogar den verhandelnden Gewerkschaftlern aller Richtungen schlanweg als man ihn auf die ersten Folgen eines solchen Vorgehens hinwies, daß er nicht an die Möglichkeit eines Streiks glaube, denn es sei den Gewerkschaften unmöglich, 60 000 Menschen auf die Straße zu bringen und sie dort eine Woche im Streik zu halten. Daß solche Erklärungen nicht dazu beitragen, die gespannte Lage zu klären, liegt auf der Hand. Innerhalb der Belegschaften machte immer mehr der Streikgedanke Fortschritte. Täglich erhöhte sich die Spannung durch das lange Hinauszuziehen der Verhandlungen.

Die Arbeitgeber riefen schließlich, als eine Einigung nicht erzielt werden konnte, unter Umgehung des örtlichen Schlichtungsausschusses, den Reichskommissar Wehlig in Dortmund an, gegen den innerhalb der Arbeiterschaft so wie so ein starkes Mißtrauen - ob begründet oder nicht - besteht. Die Organisationen gingen nachdem sie anfänglich abgelehnt hatten, später unter Protest nach Dortmund, wo denn am 4. November der Spruch von den Zentralgewerkschaften mit nahezu dreiviertel Majorität abgelehnt wurde.

Wohl wurden in den nun folgenden Tagen noch von unerer Seite Vermittlungsversuche gemacht, aber vergeblich. Die Spannung wuchs beiderseitig aufs höchste und der Riesenkampf rückte in allernächste Nähe. In einer nochmaligen Zusammenkunft der Gewerkschaftsführer wurde dahin vereinbart, daß den am Freitag, den 11. November, tagenden Funktionärversammlungen aller Richtungen eine neue Abstimmung über Streik oder Nichtstreik vorge schlagen werden sollte, weil über die Art der ersten Abstimmung und über das Abstimmungsformular selbst Zweifel entstanden sei.

Es zeigte sich indes schon jetzt, daß die Führung des sozialistischen Metallarbeiter-Verbandes die Leitung vollständig an die Funktionäre ihres Verbandes verloren hatte und nicht imstande war, diese Vereinbarung betr. nochmaliger Abstimmung durchzuführen. Im christlichen Metallarbeiterverbande erklärten die Funktionäre sich mit einer nochmaligen Abstimmung einverstanden, setzten dabei aber voraus, daß auch im Deutschen Metallarbeiterverbande in gleicher Art gehandelt werden sollte. Die Funktionärversammlung des sozialistischen Metallarbeiterverbandes beschloß aber, entgegen der Vereinbarung, keine nochmalige Abstimmung anzunehmen, sondern für Montag, den 14. November, den Streik auszurufen. Es hat sich in diesem ganzen Kampfe mit erschreckender Deutlichkeit gezeigt, daß selbst noch so fest vereinbarte Richtlinien zwischen den Verbänden von der Funktionärversammlung des sozialistischen Metallarbeiterverbandes als nicht verbindlich umgestoßen wurden, so daß die dortige Führung durch die Funktionärversammlung, die zum großen Teil von radikalen Elementen beherrscht wurde, vollständig ausgeartet war und auch nicht die geringste Macht hatte, irgendwelche bindende Abmachungen einzuhalten oder durchzuführen.

So ist es geschehen mit den Richtlinien für die Abstimmung, so ist es geschehen mit den Vereinbarungen über die Notstandsarbeiten und so ist es auch geschehen mit den Maßnahmen, die getroffen werden konnten, um bereits nach der ersten Streitwoche den Kampf zwar nicht mit dem vollen Siege aber mindestens demselben Erfolge wie nach drei Wochen zu beenden. Doch nun zur Sache selbst zurück.

Der christliche Metallarbeiterverband hatte in einer Riesenversammlung am Sonntag, den 11. November deren glänzender Verlauf ein musterhaftes Zeugnis für den gewerkschaftlichen Geist innerhalb der Mitglieder darstellte, ebenfalls beschlossen, den

Streik als letztes wirtschaftliches Kampfmittel

zur Anwendung zu bringen. Gleichzeitig hatte es aus der Versammlung heraus den Reichsarbeitsminister in Berlin telegraphisch über die Sachlage unterrichtet und zur Vermittlung in dem nun entliegenden Riesenkampfe aufgefordert. Der Arbeitgeberverband

hatte gleichzeitig den Reichsarbeitsminister angerufen aber nur zur Verbindlichkeitserklärung des Dortmunder Spruches, verhielt sich allen anderen Anregungen zur Vermittlung, wie es Regierungspräsident und Stadtverwaltung nochmals versuchten, ablehnend. Die Ausrufung des Streiks beantwortete er mit Inseraten in den Zeitungen und an den Plakatsäulen, wie überhaupt von dieser Seite alles versucht wurde, die öffentliche Meinung zu beeinflussen und für sich zu gewinnen.

Selbstverständlich tauchten nun auch die Kommunisten, Syndikalisten und andere auf, hoffend, bei dieser Bewegung für ihre politischen Ziele im Trüben fischen zu können. Bereits in den ersten Tagen tagte eine Versammlung in der der von Beitzath aus den früheren Vorgängen satfam bekannte „Gewerkschaftler“ Malmedie auftauchte, der dann zum Schlusse der Bewegung noch einmal die Gelegenheit bekam, durch sein Auftreten die gesamte Arbeiterschaft auf schweinste zu schädigen und ihr Ansehen herabzuwürdigen.

Da sich in der Frage der Notstandsarbeiten, wie leicht erklärlich, Mißverständnisse ergaben, besaßte sich eine am Dienstag, den 15. November tagende Besprechung der drei Organisationen mit dieser Sache und es wurde nach langen Beratungen gemeinschaftliche Richtlinien aufgestellt, die in voller Einmütigkeit von sämtlichen Organisationsvertretern gebilligt und durchgeführt werden sollten. Um so größer war das Erstaunen und die berechtigte Entrüstung unserer Kollegen, als sich bereits am selben Tage abends herausstellte, daß die Funktionäre des Deutschen Metallarbeiterverbandes auch diese Richtlinien über den Haufen geworfen hatten. Eine am Mittwoch, früh morgens, tagende Besprechung der Organisationsleitungen bestätigte nach den Bemühungen der Vertreter des Christlichen Metallarbeiterverbandes diese Richtlinien aufs neue, aber trotzdem sie auch vom Deutschen Metallarbeiterverbande anerkannt wurden, sind sie bei ihm niemals durchgeführt worden. Er hatte keine Macht, die Durchführung zu erreichen.

Sozialpolitik

Entschädigungspflichtige Betriebsunfälle.

In der letzten Nummer wurden Betriebsunfälle behandelt und ist am Schlusse bemerkt, daß zwischen der Gesundheitschädigung und dem pöblichen Ereignis ein ursächlicher Zusammenhang bestehen muß. Es genügt also nicht, daß der Unfall schließlich die Gelegenheit bietet, bei der eine länger schon bestehende körperliche oder geistige Veränderung tritt oder sich äußerlich bemerkbar macht, wie dies beispielsweise beim Austritt eines Bruches infolge längst vorhandener Bruchanlage in Handhabung einer betriebsüblichen Arbeit der Fall ist. Damit soll aber nicht gesagt sein, daß die Schädigung eine neue, bisher nicht vorhandene körperliche Veränderung sein muß. Vielmehr kann ein entschädigungspflichtiger Unfall auch dann gegeben sein, wenn durch das plötzliche Ereignis eine Verschlimmerung eines bestehenden Leids, Wagens, Lungen- oder sonstigen Leidens verursacht wird.

Neben diesen Voraussetzungen muß noch ein örtlicher, zeitlicher und ursächlicher Zusammenhang des Unfalles mit dem versicherten Betriebs- oder den versicherten Tätigkeiten bestehen. Der Versicherte muß also zur Zeit des Unfalles in einer wesentlichen Beschäftigung oder Verwendung zu dem versicherten Betriebe oder einer versicherten Tätigkeit gestanden sein. Von einem örtlichen Zusammenhang ist dann die Rede, wenn die Tätigkeit in einem Gebäude des Betriebes, in der Werkstätte, auf dem Lagerplatz usw. stattfindet. Bestand die unfallbringende Tätigkeit darin, daß der Verletzte Arbeitsgeräte von einer Betriebsstätte zur anderen zu verbringen, Befolgungen zu machen, Ablieferung zu betätigen und ähnliche Arbeiten zu verrichten hatte, dann ist der Nachweis eines örtlichen Zusammenhanges nicht erforderlich. Bei solchen Tätigkeiten ist es offensichtlich, daß sie Betriebsinteressen dienen.

Ein zeitlicher Zusammenhang mit dem Betriebe liegt dann vor, wenn sich der Unfall während der betriebsüblichen Arbeitszeit ereignet hat. Hand z. B. der Unfall auf dem Wege von der Wohnung zur Arbeitsstätte oder auf dem Heimwege ist, so ist in den meisten Fällen ein ursächlicher Zusammenhang nicht gegeben. Tageweise sind die regelmäßigen Arbeitspausen innerhalb der Betriebsstätte nicht geeignet, den zeitlichen Zusammenhang zu lösen. Der ursächliche Zusammenhang mit dem Betriebe äußert sich in einer dem Zwecke des Betriebes dienenden Tätigkeit. Die Art der Beschäftigung muß unmittelbar oder mittelbar dem Betriebe zugerechnet werden können und darf nicht dem eigenen privaten oder wirtschaftlichen Bedürfnis des Verletzten oder dem betriebsfremden Personenbedürfnis haben. Daß der Betrieb die unmittelbare oder alleinige Ursache des Unfalles bildet, ist nicht nötig, es genügt auch ein mittelbarer Zusammenhang.

Streiflichter

Unsere Deutsche Volksbank

wird, wie bereits mitgeteilt, Anfang Januar 1922 ihre erste öffentliche Bankstelle in Essen, Schützenbach Nr. 24, eröffnen.

Die Essener Bankstelle wird den Volksgeldparverkehr für das ganze deutsche Reich leiten, ferner als Spar- und Bankstelle für Essen und Umgebung dienen und als solche den baren Spargeldverkehr, die Annahme und Verwaltung von Geldern in laufender Rechnung, der sog. Kontokorrentverkehr, den Scheck-, Überweisungsvverkehr sowie die Verwaltung, den An- und Verkauf und die Besicherung von Effekten übernehmen.

Die Deutsche Volksbank hat bereits in einiger Zeit in Essen ein eigenes Hausgrundstück erworben, das im Verkehrszentrum der Stadt, M. Hagen Nr. 64, gegenüber dem ehemaligen Landgericht, jetzigen Postamt, liegt. Wegen der Räumungs- und Umbauarbeiten hat die Bank jedoch, um die Geschäftseröffnung nicht hinausziehen zu müssen, auf Wunsch der beteiligten Kreise vorläufig Unterhause in den früheren Geschäftsräumen der Ortskrankenkasse genommen, die entsprechend den neuen Zwecken hergerichtet und mit Trepp versehen sind.

Man wird annehmen dürfen, daß die Mitglieder der beteiligten Verbände von der so sehr erwünschten eigenen Bankeinrichtung im weitestem Maße Gebrauch machen werden.

Note Spannungsmessung.

Sie können nicht aus ihrer Haut. Sie müssen terrorisieren, ob sie sich selbst den Anschein geben, als wären sie die herrlichen Vertreter der Interessen der Arbeiterschaft. So hat in Essen der sozialistische Transportarbeiterverband unter dem 11. November die Hefen eines Beschlusses herausgegeben, an das anhängend er folgendes schreibt:

„Deswegen sind alle Kollegen, sofern diese anderen Verbänden angehören und ein Vierteljahr in unserem Betriebe arbeiten, verpflichtet, in unsern Verband überzutreten. Im Weigerungsfalle sind die Kollegen den Organisationskreisen zu achten. Jeder Obmann, jeder Vertrauensmann hat in diesem Sinne tätig zu sein.“

Das nennt sich Koalitionsfreiheit im sozialistischen Sinne. Daß die Aufforderung besonders den „Christen“ gilt, braucht nicht näher erklärt zu werden.

Herr Geißler. Sie erwiesen ungewisshaft dem christlichen Metallarbeiterverband allerlei Vergünstigungen. So von Zeit zu Zeit, wie es sich gerade trifft, lesen wir auch Ihr sehr umfangreiches Zentralblatt, das Ihren Leuten die „notwendige geistige Kost“ übermitteln soll. In einem der letzten Hefte lassen Sie auch den Turin-Kongress der christlichen Metallarbeiterverbände Revue passieren. Ob Ihr geistiges Auge noch in Tränen schwamm wegen des unter gütiger Aufsicht verschiedener Unternehmern stattgefundenen Selbsttages und infolgedessen etwas unklar und verschwommen unseren Kongress betrachtete, oder ob andere Gründe dafür vorlagen, entzieht sich unserer Kenntnis. Wir sind auch nicht indiskret genug danach zu forschen. Uns interessiert vielmehr Ihr Zentralblatt. Wir müssen gestehen, was Umfang, Druck, Papier anbelangt, kann es sich nicht nur nicht mit den Organen sehr leistungsfähiger Arbeiterorganisationen messen, sondern übertrifft sie sogar noch - darin natürlich. Aber Herr Geißler, verzeihen Sie uns doch bitte einmal Ihr Geheimnis, wie man mit sehr geringen Mitteln überbetragen und bemerkenswerten geringen Vermögen, neben den Verbandsorganen auch noch so ein umfangreiches Zentralblatt herausgeben, ein paar Doktoren besetzen kann, um, haben sie vielleicht geheime heimliche Papierfabriken entdeckt? Etwas anderes kann es doch nicht sein, denn wir wissen es weit von uns, auch nur in letzter Herzensstille annehmen, als ob irgend ein Unternehmer - - - Wann hätte denn auch jemals ein Gelder Schinkenbrötchen, Freibier und ähnliche diverse Gelder von Unternehmern angenommen? Ach, Herr Geißler, was die Menschen so sagen, Sie wissen ja - - -

Nur verraten Sie uns bitte eins: Wie bringen Sie es nur fertig, mit einigen wenigen pennigen Beiträgen Unternehmungen zu zahlen, Beamte zu besolden, Zeitungen und Zeitschriften herauszugeben und was so dergleichen noch mehr ist?

Schnellste Antwort erbeten. Diskretion zugesichert.

Bekanntmachungen

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, 25. Dezember, der 53. Wochenbeitrag fällig für die Zeit vom 25.-31. Dezember.

Es erhalten die Genehmigung zur Erhebung folgender Beiträge: Duisburg ab 1. Januar 1922: 1. Beitragsklasse 10.- Mk., 2. Beitragsklasse 9.- Mk., 3. Beitragsklasse 8.- Mk., 4. Beitragsklasse 1.50 Mk. Fulda: 1. Klasse 7.- Mk., 2. Klasse 6.- Mk., 3. Klasse 4.50 Mk.

Farbenwechsel des Beitragsmarken.

Für das Jahr 1922 gelangen Beitragsmarken in blauer Farbe zur Ausgabe. Mit Sonntag, den 1. Januar 1922 ist der erste Wochenbeitrag des neuen Jahres fällig und sind von diesem Termin ab nur die neuen blauen Beitragsmarken zu verwenden. Unsere Mitglieder werden hiermit auf die pünktliche Beitragszahlung besonders hingewiesen, da nach dem 1. Januar etwaige Rückstände des alten Jahres mit neuen blauen Marken zu quittieren sind und dadurch im Mitgliedsbuch die läumige Beitragszahlung nachgewiesen wird.

53. Wochenbeitrag. Im Jahre 1921 sind 53 Wochenbeiträge zu fließen. Nach der vorlaufenden Bekanntmachung im Verbandsorgan wird am Sonntag den 25. Dezember der 53. Wochenbeitrag für die Zeit vom 25. bis 31. Dezember 1921 zu entrichten sein.

Verbandsgebiet

Stuttgart. Zahlreich hatten sich die Kollegen zu der Verwaltungsverstärkung-Konferenz am 9. d. Ms. in Cannstatt eingeladen. Der Geschäftsführer der Verwaltung, Kollege M. Schuch, erstattete den Bericht zu Punkt 1. der Lohnbewegung, die den Kollegen ab 1. Dezember d. Js. eine Teuerungszulage von 2,25 Mark (als Spitzenlohn) gebracht hatte. Referent schilderte ausführlich die Verhandlungen in der Arbeitsgemeinschaft. Das Resultat führt den Kollegen aufs neue die Bedeutung der Organisation vor Augen. Nur durch praktische Gewerkschaftsarbeit können die bestehenden und kommenden Wirtschaftskrisen überwunden werden. Die Aufforderung an die Kollegen, auch in Zukunft nicht in der Verbandsarbeit zu erlahmen, fand vollen Widerhall. Punkt 2 wurde nach kurzer Begründung durch den Bezirksleiter und Geschäftsführer erledigt. Ab 1. Januar 1922 wird eine erneuerte Beitragserhöhung eingeführt. Einstimmig wurde die Erhöhung von allen Kollegen angenommen. Die nachfolgende Aussprache bewies das gute Einverständnis, das zwischen Geschäftsleitung und Kollegenschaft herrscht. Der Versammlungsleiter würdigte im besonderen die Arbeit der Geschäftsführung und sprach auch für die Zukunft der Verwaltung sowohl wie der gesamten Verbandsleitung das Vertrauen aus.

Sodann sprach Kollege Gengler über den ersten Internationalen Kongress in Turin. Einleitend den Unterschied zwischen der Chr. Internationale und dem Intern. Gläubigen der freien Organisationen klarlegend, schilderte der Referent die Fahrt durch Österreich, besonders durch das schöne Südtirol. Welche Lüge habe das urdeutsche Land an sich gerissen, aber treu gehalten die Bewohner dort unten zur deutschen Art. Interessant waren die Ausführungen bei dem Empfang unterer Delegierten in Mailand, wo Kollege Wieser und Giesberts in einer großen Versammlung sprechen konnten. Eine kirchliche Begrüßung wurden im besonderen den deutschen Kollegen zuteil. Die Schilderung des Kongresses selber zeigte, daß in Turin wirkliche gewerkschaftliche Arbeit geleistet wurde, frei von politischem Haß, aber doch unter Wahrung des nationalen Gedankens. Mit dem Wunsch, daß die vergangene Tagung in Italien sich zum Nutzen der gesamten christlichen Metallarbeiterchaft Europas auswirke, schloß Kollege Gengler seine Ausführungen.



Tischler selbständiger Modellschreiner, Kernmacher, Gubputzer, älterer Schlosser

Im Eisenkonstruktion, der auch vorzuziehen kann, stellt sofort ein Maschinenfabr. u. Eisengießerei

A. BEIEN
HERNE IN WESTFALEN

Büchf. Dreher u. Schreiner
für Dauerarbeit gesucht von
H. Kronitz, Maschinenfabrik
AACHEN, Industriestraße-o. N.

1 tüchtiger Kupferschmied
gesucht.
Deutsche Werke Akt.-Ges.
Werk Lippstadt

Tücht. Handformer
für dauernde Beschäftigung bei hohem Lohn sofort ges.
Friedr. Feldhoff & Co., Wülfrath

Wirtschaftsrundschau

Die Konzentration der Industrie

Die Frage der Konzentration der Industriebetriebe ist eine der brennendsten Fragen unserer modernen deutschen Wirtschaft. Wir haben in Nr. 50 eingehend auf die Gründe, die zur weiteren Konzentration führen, hingewiesen. Im nachfolgenden bringen wir einen Auszug aus der Rede Dr. Wagners, des Geschäftsführers des Vereins der Industriellen des Regierungsbezirks Köln auf der letzten Tagung dieses Vereins. (K. V. 26. Sept.) Wir sind in manchen Punkten anderer Ansicht als der Referent besonders was die Gefahrenseite anbelangt. Immerhin aber dienen seine Ausführungen dazu, das obige Problem näher zu beleuchten. D. Red.

Die Zusammenfassungsbewegung in der Industrie kann allgemein bezeichnet werden als eine engere Verbindung industrieller Werke zum Zweck der Erhöhung des wirtschaftlichen Wirkungsgrades. Sie hat wegen dieser Zweckbestimmung bei unserer gegenwärtigen Lage eine volkswirtschaftliche Bedeutung. Die verstärkte industrielle Gruppenbildung läßt erkennen, daß die Industrie den Mut nicht sinken läßt, sondern nach Ausgestaltung der Organisationsformen sucht, um aus dem uns geliebten Keil der Wirtschaft den größtmöglichen Nutzen herauszuholen. Diese Zusammenfassungsbewegung ist ein Ausfluß des Selbsthaltungstriebes unserer Wirtschaft. Das Schwergewicht der Bewegung, das vor dem Kriege und während des Krieges in horizontalen Zusammenhängen, d. h. der engeren Fühlung zwischen Werken gleichartiger Erzeugung lag, ist insbesondere im Jahre 1920 auf die vertikale Bewegung übergegangen, die nach einer Zusammenfassung der Werke vom Rohstoff bis zum fertigen Erzeugnis strebt. Es liegt hier eine Erweiterung des früheren Gedankens vor, der bei der Bildung der sogenannten gemischten Werke zu beobachten war.

Die wirtschaftliche Entwicklung hat mit zwingender Notwendigkeit über den horizontalen und den vertikalen Zusammenfassungstrieb hinaus zu einer neuen Form der Kartelle geführt, die als „Kalkulationskartelle“ bezeichnet werden kann. Mit einem Kartell aber, das bei dem Zusammenfluß der jeweiligen Kalkulationsgrundlage des einzelnen Werkes beruht, wird ein Kartell nur noch das Wort übrig. In der vertikalen Zusammenfassung fördernden Richtung lag auch die Einmischung des Staates in die Organisationsform horizontaler Art und deren Beaufsichtigung mit Interessen der Verbraucher. In der Industrie ist die Meinung daher vertreten, daß bei dieser Art der Organisation ein großer Aufwand veranlaßt sei, ohne daß entsprechende Erfolge sichtbar wurden. Während bei den Kartellen sehr stark im Vordergrund das Bestreben einer Verminderung des Wettbewerbs steht und Erparung an Herstellungskosten als Wirkung des Kartells hingeworfen wird, ist bei dem vertikalen Zusammenfluß der Geschäftspunkte, der wirtschaftlichen Erzeugung der ursprüngliche und alleinige Zweck.

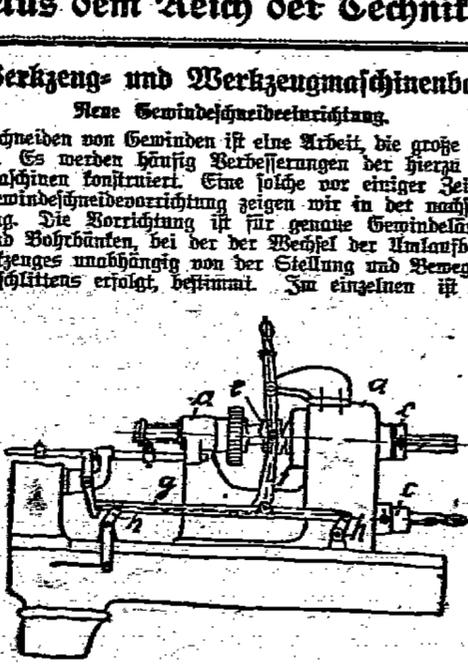
Die kürzere Wellenbewegung des Auf und Ab der Konjunktur läßt eine Verteilung des Wagnisses auf die Gesamtproduktion vom Rohstoff bis zum Endfabrikat wünschenswert erscheinen. Das Wagnis, das in der Haltung eines großen Lagers von Rohstoffen heute liegt, wirkt in der gleichen Richtung. Die neuen sozialpolitischen Gesetze, die zu einem geringeren Ausbringen bei gleichbleibender Arbeiterschaft zwangsläufig führen, fördern von der Industrie ebenfalls nach Wegen zu suchen, auf denen eine Steigerung der Wirtschaftlichkeit möglich ist; und es erscheint wirtschaftlicher, statt neue Aktien auszugeben, die Kapitalkraft verschiedener Werke zusammenzufassen, zumal die Ausdehnung der Betriebe durch Neubauten weit teurer zu stehen kommt als die Angliederung von Werken durch Übernahme entsprechender Aktienpakete. Bei dem vertikalen Zusammenfluß sehen wir also keine Ausdehnung der einzelnen Betriebe, sondern eine Zusammenfassung der selbständig gebliebenen Betriebe unter gemeinsamer Oberleitung.

Aus dem Reich der Technik

Werkzeug- und Werkzeugmaschinenbau

Neue Gewindeschneidvorrichtung

Das Schneiden von Gewinden ist eine Arbeit, die große Sorgfalt erfordert. Es werden häufig Verbesserungen der hierzu verwendeten Maschinen konstruiert. Eine solche vor einiger Zeit patentierte Gewindeschneidvorrichtung zeigt wir in der nachstehenden Abbildung. Die Vorrichtung ist für genaue Gewindelängen an Dreh- und Bohrbänken, bei der der Wechsel der Umlaufbewegung des Werkzeuges unabhängig von der Stellung und Bewegung des Werkzeugträgers erfolgt, bestimmt. Im einzelnen ist die zum



hat in den Werken, die unmittelbar dieser Gemeinschaft angehören, sondern weit darüber hinausragt bis zu all den Firmen, die in irgendwelchen Beziehungen zu einem der Beteiligten stehen. Man darf aber auch nicht verkennen, daß die Industriegruppen, die ihre Fäden über das ganze Deutsche Reich erstrecken, infolge der wechselseitigen privatwirtschaftlichen Verflechtung der Interessen auch zu einer Festigung der Einheit der deutschen Wirtschaft wesentlich beitragen.

Den Vorteilen stehen aber auch Gefahren

gegenüber. Die Hauptgefahr besteht darin, daß Spekulationsgründe zur Gruppenbildung anreizen. Die Kämpfe um den Mittelnbesitz, die bei Versuchen der Umbildung einer Gruppenbildung meist entstehen und nicht selten sich über eine längere Zeitspanne hinziehen, können die Stetigkeit in der Führung des einzelnen Werkes. Weiter wird selbst da, wo weitgehende Selbständigkeit für die einzelnen Werke in Verträgen verbrieft ist, sich doch eine gewisse Abhängigkeit von dem Führerwerk ergeben, während nach wie vor die Stärke unseres deutschen Wirtschaftslebens in einem mannigfaltigen selbständigen Unternehmertum zu suchen ist. Die Mittel- und Kleinbetriebe werden in Zeiten niedergehender Konjunktur sehr stark unter den Industriegruppen ihrer Gebiete zu leiden haben.

Solche Gefahren sind zweifellos vorhanden, aber wie in allen wirtschaftlichen Dingen wird auch hier die Grenze durch die Entwicklung selbst gezogen. Je größer eine Industriegruppe wird, umso unübersichtlicher wird sie werden und den Führer der Möglichkeit berauben, weitgehend in die Selbständigkeit der einzelnen Werke einzugreifen. Die Entwicklung ist bereits zu einem gewissen Stillstand gekommen und die horizontalen Zusammenflüsse, namentlich hinsichtlich der Fragen Normalisierung, Typisierung, Spezialisierung treten wieder etwas mehr in den Vordergrund.

Alle Unternehmungen, vom kleinsten Betrieb bis zur größten Industriegruppe horizontaler oder vertikaler Art müssen den einen Geißlern haben, den uns Krupp auf den Weg gegeben hat: „Der Zweck der Arbeit soll das Gemeinwohl sein!“

Die deutsche Eisen- u. Metallausfuhr

Die Gesamtausfuhr an den Erzeugnissen der deutschen Eisen- u. Metallindustrie betrug im Sept. u. Okt. 5,6 Milliarden Mark u. hat damit auch wieder weit über den höchsten Wert der ausgeführten Waren überhaupt erreicht, wenn auch gegenüber den Vormonaten ein Rückgang eingetreten ist. Die Ausfuhr findet ihre Beschränkung in dem Mangel an Rohstoffen.

Unter den metallen Metallen und Waren (22,8 v. H.) sind vor allem Eisen und Eisenwaren zu erwähnen. Auf dem Eisen- und Stahlmarkt hat die Nachfrage des Auslandes weiterhin angehalten. Zu erwähnen sind: Rohblech (37 Mill. M.), feiner Guß und Gußwaren (50 Mill. M.), Formeisen, Träger usw. (148 Mill. M.). Auch nach Großbritannien (64 Mill. M.) für den Schiffbau herrschte große Nachfrage, ferner nach Draht (58 Mill. M.), Rohren (80 Mill. M.). In Schienen (142 Mill. M.) wurden größere Aufträge ausgeführt. Rußland nahm mehr als die Hälfte ab. Auch von der Ausfuhr von Eisenbahnwagen und Wägen (46 Mill. M.) ging ein Drittel nach dort.

In der Eisenverarbeitenden Industrie dagegen verbleiberte sich die Nachfrage, zum großen Teil infolge der starken Zollmaßnahmen einiger Länder. Fast durchweg ist ein Rückgang der Ausfuhr zu konstatieren. Es gingen zurück: Waren aus Schmiedbarem Eisen (Ausfuhrwert 100 Mill. M.), Brückenmaterial (44 Mill. M.), Kessel (23 Mill. M.), Wippen (21 Mill. M.) — auch hier geht die Hälfte der Ausfuhr nach Rußland —, Drahtseile (23 Mill. M.), Bau- und Möbelbeschläge (27 Mill. M.), Messerschmiedwaren (49 Mill. M.). Eine Zunahme der Ausfuhr weisen dagegen auf: Nägel (71 Mill. M.) und Haus- und Küchengeräte (49 Mill. M.).

In der Ausfuhr von Maschinen usw. (61 v. H.) ist ein erheblicher Rückgang eingetreten. Die Ausfuhr von Maschinen soll besonders im rheinischen Gebiet zurückgegangen sein. Von Maschinen des Auslandes spielen die französischen und spanischen Zollveränderungen hier eine besondere Rolle. Ein Rückgang ist zu konstatieren bei Lokomotiven (Ausfuhrwert: 84 Mill. M.), Dampfmaschinen (29 Mill. M.), Hebe- und Fördermaschinen (22 Mill. M.), Nähmaschinen usw. (33 Mill. M.), Garn-Herstellungs- und Verarbeitungsmaschinen (38 Mill. M.), Werkzeugmaschinen (89 Mill. M.) und anderem mehr. Die Ausfuhr von Lokomotiven dürfte sich durch die Rückschlüsse mit Rußland wieder heben.

Die Ausfuhr elektrischer Erzeugnisse bietet in den letzten Monaten kein einheitliches Bild. Jedemfalls tritt auch hier die Schutzollendenz einer Reihe von Staaten stark in die Erscheinung. Bemerkenswert ist die etwas zunehmende Ausfuhr von Dynamomaschinen usw. (60 Mill. M.), Lampen (18 Mill. M.), Telefon- und Telegraphenapparaten und -bestandteilen (26 Mill. M.), elektrischen Messvorrichtungen (25 Mill. M.). Dagegen ging die Ausfuhr von Draht, Kabeln usw. (68 Mill. M.) und elektrischen Apparaten (55 Mill. M.) zurück.

Wechsel der Umlaufbewegung dienende Schaltkupplung (e) mit Zubehör (f) an dem die Arbeitspindel (c) nach Vollendung ihrer Schneidarbeit lagert. Die Schaltkupplung gleitet mit einem Organ (g) an einem im Maschinengehäuse umschaltbar gelagerten Zwischengetriebe (h, g) entlang, welches von der Arbeitspindel (c) nach Vollendung ihrer Schneidarbeit in Bewegung gesetzt bzw. angehalten wird und hierdurch die Schaltkupplung (e) in jeder beliebigen Lage des Schlittens (a) immer in gleicher Weise umschaltet.

Aus der Werkstatt

Das Aufschweißen von Schnellstahl auf Siemens-Martinstahl

Die erheblichen Preise der Spezialstähle, die für die hochbeanspruchten Schnittstähle benötigt werden, haben seit langem dazu geführt auf Siemens-Martinstahl Plättchen aus Spezialstahl aufzuschweißen. Man verfährt dabei wie folgt: Der Siemens-Martinstahl wird eingeseigt und das Edelmetallplättchen gut aufgelegt, dann der Stahl mit lose aufgelegtem Plättchen auf helle Rotglut erwärmt. Dann wird der Stahl und Plättchen glühend, 700 bis 800 Grad, mit einer groben Stahlbürste gründlich von allem Hammerfleck gereinigt, alsdann eine 5 mm Schicht Schweißpulver aufgebracht und das Plättchen angelegt, in den heißen Ofen sorgfältig eingelegt und auf helle Schweißhitze erwärmt. Endlich kommt das Schweißstück unter eine Säurebenzpressen und wird durch Pressen aufgeschweißt. Die richtige Schweißtemperatur muß gründlich erlernt und das Schweißpulver erster Güte sein. Die Vorteile, die bei diesem aufgeschweißten Schneiden entstehen, sind ganz erheblich. Zunächst kann man bei der geringeren Schlammmenge die teuersten und besten Stähle verwenden. Man kann den Stahl solange nachschleifen, bis das aufgeschweißte Plättchen verbraucht ist. Dann schweißt man ein neues auf.

Ferner ist die Wärmeleitfähigkeit der hochwertigen Stähle, besonders des Rostfrei-Stahls, erheblich geringer als die des gewöhnlichen Siemens-Martin-Stahls, die Wärme wird also von diesem schneller von der Schneide abgeleitet, als wenn das ganze Werkzeug aus Edelmetall besteht. Die Belastungsfähigkeit des Stahles und seine Lebensdauer wird so erhöht.

Rundschau

Investierung ausländischen Kapitals in Oberschlesien

Die Ueberleitung der an Polen fallenden ober-schlesischen Industrieanlagen in die Hände ausländischer Kapitalisten wird, wie aus Katowitz gemeldet wird, immer lebhafter betrieben. Das französische Kapital soll bereits 500 Millionen Franken aufgebracht haben als Anzahlung für Polen auf die geplante Uebernahme der bisher preußischen Staatsgruben. Wie man sagt, ist Königshütte schon so gut wie ganz in den Besitz französischer Hände übergegangen. Auch englisches Kapital sucht sich in den Kreisen Pleß und Rybnik festzusetzen. Besonders auf der Hohenlohehütte sollen die Engländer große Summen englischen Kapitals investiert haben. Auch Krakau hat, wie gemeldet wird, bereits zwei Gruben durch Ankauf der Aktien in seinen Besitz gebracht.

Belgische Stättenindustrie

Von Januar bis September 1921 wurde in den einzelnen Monaten produziert:

Monat	Zahl d. Anlagen	Produktion	Monat	Zahl d. Anlagen	Produktion
September	11	40 480	März	24	108 360
August	11	44 510	Februar	26	105 390
Juli	14	45 380	Januar	26	112 330
Juni	18	68 510	Dezember 1920	28	93 036
Mai	21	75 790	„ 1919	13	20 881
April	22	96 230	„ 1918	54	207 058
					200 388

Wie aus der obigen Aufstellung hervorgeht, sind laut Metallbörse in Belgien seit August nur noch 11 Hochöfen unter Feuer, d. h. etwa ein Drittel der im vorigen Jahre arbeitenden Ofen und kaum 20 % der 1918 in Tätigkeit befindlichen Werke.

Die Produktion hat im selben Maße abgenommen. Sie beträgt weniger als die Hälfte der Produktion der entsprechenden Periode des Vorjahres und beläuft sich auf nur 23 % der entsprechenden Erzeugung von 1913. Die Produktion von Fertigprodukten bildet keine Ausnahme. Sie beträgt heute nur noch ein Drittel von dem, was sie vor dem Kriege darstellte. Die Produktion an Fertigwaren sieht ein wenig besser. Sie beträgt 47 % der Vorkriegserzeugung.

Zur Lage der italienischen Schwerindustrie

Die italienische Hochfinanz befaßt sich in den letzten Tagen eingehend mit der Lage in der Schwerindustrie, besonders mit den Verhältnissen in den Italo- und Ansaldo-Unternehmungen. Eine Zusammenkunft französischer Finanzleute in Rom, die sich für die Zusammenarbeit interessierte, soll ergebnislos verlaufen sein. Der Direktor der Banca d'Italia hatte, wie „Giornale d'Italia“ meldet, mit den Verwaltungsrats-Delegierten der großen italienischen Handelsbanken lange Verhandlungen über die finanzielle Rettung und Sanierung der Ansaldo-Unternehmungen. Auch in diesen Beratungen scheint man noch zu keinem Ergebnis hinsichtlich der Frage gekommen zu sein, wie die den italienischen Kredit schädigenden Liquidationen verhindert werden können. Der Direktor der Banca d'Italia bemüht sich persönlich um das Zustandekommen eines Bankensyndikats zugunsten der Ansaldo-Werke und hofft im Interesse des Staates die Schließung eines großen Betriebes vermeiden zu können, wodurch Tausende von Arbeitern beschäftigungslos werden würden.

Der Außenhandel der Vereinigten Staaten

Im Monat November betrug der Gesamtwert des Außenhandels 506,8 Mill. Dollar, verglichen mit 446 Mill. Dollar im Oktober, 425 Mill. Dollar im September und 706 Mill. Dollar im Oktober 1920. Der Wert der Einfuhr belief sich auf 211,3 Mill., der Wert der Ausfuhr auf 295,5 Millionen. Unter der Novembereinfuhr befanden sich für 51 937 000 Dollar Gold und 5 912 000 Dollar Silber; unter der Ausfuhr für 807 000 Dollar Gold und 4 804 000 Dollar Silber. — Wie aus neueren offiziellen Nachrichten aus Amerika hervorgeht, hat der Außenhandel in den Vereinigten Staaten in den 9 Monaten, bis zum 30. September d. J., über dessen Gesamtergebnisse bereits an anderer Stelle berichtet worden ist, gegen den gleichen Zeitraum des Vorjahres bei sämtlichen Warengruppen, mit einer einzigen, später noch zu bezeichnenden Ausnahme, dem Werte nach sehr erheblich nachgelassen.

männlichen Siemens-Martin-Stahls, die Wärme wird also von diesem schneller von der Schneide abgeleitet, als wenn das ganze Werkzeug aus Edelmetall besteht. Die Belastungsfähigkeit des Stahles und seine Lebensdauer wird so erhöht. Und letzten Endes weiß jeder Werkzeugmacher, daß das Nachschneiden von hochwertigeren Stählen Schwierigkeiten macht. Der Stahl wird häufig verborgen oder erhält Risse, die sich erst im Betrieb bemerkbar machen. Auch dieses wird bei dem Aufschweißen von Schnellstahl auf S-M-Stahl vermieden.

Materialienkunde

Verfahren zur Wiedergewinnung von Leichtmetallen aus Spänen, Rückständen und Abfällen

Bei den üblichen Verfahren, bei denen die zu schmelzenden Metallspäne, Rückstände und Abfälle mit Schmelzsalzen als Fluxmittel und oxidierendes Mittel zusammengebracht werden, geht immer noch eine erhebliche Menge reinen Metalls verloren, das in den Verunreinigungen und gegebenenfalls auch in den aus Oxidations- oder Fluxmitteln bestehenden Rückständen zurückbleibt. Das neue Verfahren besteht nun im wesentlichen darin, als Oxidationsmittel irgend ein Salz zu benutzen, das dessen Schmelzpunkt mit dem der Leichtmetalle, insoweit erforderlich, übereinstimmt; außerdem ist es in Wasser leicht löslich, in welches die Schmelzofenrückstände nach dem Erkalten und Erhitzen, gegebenenfalls nach vorheriger Zerkleinerung, gebracht werden. Nach Lösung des Metalls liegen die Metallkörper frei da. Das Salz kann aus dem Wasser in bekannter Weise, z. B. durch Eindampfen, wiedergewonnen werden, während die Metallteilchen in einem neuen Schmelzprozess, nötigenfalls unter nochmaligem Zusatz von Salz als Oxidationsmittel zusammengeführt werden. Nach dem neuen Verfahren scheint aber ein wirtschaftlicheres Arbeiten als nach dem früheren Patent möglich zu sein, da außer dem Metall der Rückstände usw. auch ein erheblicher Teil des Lösungsmittels in fester Form wiedergewonnen wird.